

Grundeinkommen – demokratisches Bürgerrecht für wirkliche Freiheit.

Katharinenkirche / Frankfurt, 16.12.2004

0. Vorbemerkung

Für Christen und Christinnen ist die Adventszeit nicht das Hochfest eines kapitalistischen Konsumrausches zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Advent ist zunächst die Zeit zur Einübung einer messianischen, visionären Grundhaltung. Gerade in Zeiten messianischer oder visionärer Dürre brauchen wir solche Zeiten der Einübung, damit unsere Träume nicht verloren gehen. Von Max Weber stammt der Satz: „Wer nicht nach den Sternen greift, der ist auch nicht fähig zum nächsten praktischen Schritt.“ Wenn Politik mehr sein soll als die Anpassung an Standortbedingungen, dann brauchen wir solche grundsätzlichen Orientierungen. Diese Orientierungen sind wie Sterne – sie sind unerreichbar, geben aber doch die Richtung an. Das bedingungslose Grundeinkommen gehört zu solchen Perspektiven, die wir heute vorbereiten müssen, damit sie morgen zur Politik werden können.

1. These: *HARTZ IV ist ein Irrweg. Hartz IV ist eine lohnarbeitszentrierte Grundsicherung, die weiterhin an Arbeitsbereitschaft geknüpft ist. Bürger werden diszipliniert und in ihrem Verhalten durch den Staat diszipliniert (Fordern und Fördern).*

Am Anfang des Reformprojektes mit den Namen Hartz stand die Mahnung des Kanzlers Schröder. „Es gibt kein Recht auf Faulheit.“ Kurz vor der Ankündigung der Agenda 2010 machte die Boulevard-Presse mit „Florida-Rolf“ unmißverständlich klar: Arbeitszwang statt soziale Hängematte – ist das Motto. Die Neuregelung des Arbeitslosengeldes II bewirkt einen Paradigmenwechsel: Wer eine zumutbare Arbeit oder Eingliederungsmaßnahme ablehnt, dem wird das Arbeitslosengeld gekürzt. Das Ziel ist: Arbeit um jeden Preis und zu jedem Preis zu erzwingen. Gerade in Zeiten langandauernder Massenarbeitslosigkeit werden Menschen auf Arbeitsmärkte gedrängt, die keine Arbeitsplätze bereithalten. Und deshalb ist es eine Fehldiagnose mit fatalen Folgen für die Betroffenen, wenn die herrschende Politik meint, man müsse die Arbeitslosen nur fördern und fordern,

dann wären sie bereit Löhne zu sog. markträumenden Bedingungen zu akzeptieren. Die Opfer der Arbeitsmarktkrise werden zu Tätern gemacht.

Für den, der auf dem regulären Arbeitsmarkt keine existenzsichernde Erwerbsarbeit findet, sieht Hartz IV vor, dass Leistungsrechte nur mit einer Arbeitsverpflichtung gewährt werden. Die Verschärfung zur Arbeitsverpflichtung wird letztlich zu einem Arbeitszwang.

Wenn eine Gesellschaft nicht gewährleisten kann, dass die Bürgerinnen und Bürger zu menschenwürdigen Bedingungen ihre Existenz durch Erwerbsarbeit auch selber sichern können, läuft die Verpflichtung zu Erwerbsarbeit ins Leere. Sie bestraft dann nur Menschen, die keine Arbeit finden können, mit einem Leben in Armut und erhöht den Druck auf die einzelnen Erwerbslosen, jedwede Erwerbsarbeit zu jedem Preis und um jeden Preis zu akzeptieren, ohne zugleich ausreichende entlohnte Arbeitsplätze bereitzustellen.

Hartz IV bringt tatsächlich einen staatlich subventionierten Niedriglohnsektor hervor, in dem die dort Beschäftigten einen Lohn beziehen, der ausschließt und allein zur gesellschaftlichen Teilhabe nicht ausreicht. Das Ergebnis ist Armut – mit und ohne Erwerbsarbeit.

Hartz IV ist eine lohnarbeitszentrierte Grundsicherung, die weiterhin an Arbeitsbereitschaft geknüpft ist. Bürger werden diszipliniert und in ihrem Verhalten durch den Staat diszipliniert (Fordern und Fördern). Hinter dem Gerangel um Bedürftigkeitsprüfungen versteckt sich ein tiefgreifender Systemwechsel. An die Stelle eines solidarischen Sozialstaates tritt der ausgrenzende Fürsorgestaat, der Leistungen nur nach einer Bedürftigkeitsprüfung zugesteht. Hartz IV ist deshalb ein Irrweg, weil er die solidarische Gesellschaft schwächt, statt sie zu stärken und auszubauen.

Hartz ist im Kern ein konservatives Konzept, das die wirklichen Reformen, die angesichts der arbeits- und sozialpolitischen Entwicklung nötig sind, nicht aufgreift. Hartz blockiert die Reformen, die nötig sind: Ein Grundeinkommen, das sichert, dass ein jeder Menschen frei wird - frei für sein Leben, frei für vielfältige Tätigkeiten, durch die ein Gemeinwesen lebt. Grundeinkommen heißt ein Recht auf Einkommen für alle auf individueller Basis, unabhängig von Arbeit oder sonstigem Einkommen. Wenn die Existenz durch ein Grundeinkommen gesichert ist, wird es möglich sein, Erwerbsarbeit sinnvoll ins menschliche Zusammenleben zu integrieren. Wer nicht ums eine Existenz bangen muss ist frei. Das

leistungslose, bedingungslose Grundeinkommen stellt die Grundideologie der Erwerbsarbeitsgesellschaft in Frage, die lautet: Nur wer arbeitet, soll auch essen. Dabei stimmt es doch gar nicht, dass Einkommen nach Leistung verteilt wird. Geld verdient man durch Börsenspekulation, mit blödsinniger Unterhaltung oder durch einen Betriebsumbau nach dem Wünschen der Analysten in den Börsen. Doch wer für die nächste Generation sorgt, wer Kinder erzieht oder wer alte pflegt, der wird mit einem geringen Lohn abgespeist. Die Leistungsideologie verdeckt die Machtfrage der Verteilung der Ressourcen. Das garantierte, unbedingte Grundeinkommen geht von einem anderen Ausgangspunkt aus: Jeder Mensch hat das Recht in Würde zu leben. Dieses Recht muß durch nichts erst erworben werden. Zugleich jedoch setzt das Grundeinkommen auf die Sicht von dem Menschen, dass er grundsätzlich bereit ist, Beiträge für ein gerechtes Zusammenleben der Menschen einzubringen. Deshalb liegt die Herausforderung nicht in der Frage, wie denn ein Grundeinkommen zu finanzieren sei, sondern vorgelagert ob wir eine Gesellschaft wollen, in der alle Menschen genug Geld für ein Leben in Würde haben.

Hier wird auch deutlich, dass es bei einem Grundeinkommen nicht vorrangig u, sozialpolitische Ziele wie Armutsverhinderung oder Frauenförderung geht. Diese Ziel ließen sich auch anderes regeln. Michael Opielka nennt folgende starken Ziele, die nur durch ein Grundeinkommen verfolgt werden können:

- partielle Entkopplung von Arbeit und Einkommen;
- die Verstetigung einer Existenzsicherung auf dem Hintergrund eines zunehmend flexibleren Arbeitsmarktes, der nicht mehr kontinuierlich und für alle Erwerbsarbeit sichern kann;
- die Anerkennung von selbstgewählten Lebens- und Arbeitsformen außerhalb der Erwerbsarbeit.

2. *These: Der Verpflichtung zur eigenständigen Sicherung des Lebensunterhaltes durch Erwerbsarbeit geht das Recht auf Leben voraus.*

Die Arbeitsgesellschaft heißt Arbeitsgesellschaft, weil sie jeden Bürger, jede Bürgerin nötigt, durch Erwerbsarbeit – soweit keine anderen Einkünfte bestehen - die Existenz selber zu sichern. Aus der Losung: „Egal welche Arbeit, Hauptsache ein Lohn“ wird jetzt die Losung: „Egal wie viel Lohn, Hauptsache Arbeit.“ Anders gesagt: Abhängig Beschäftigte werden genötigt und gedemütigt, jede Arbeit

anzunehmen, um überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben. Erwerbsarbeit in einer Gesellschaft, die noch nie so reich wie zur Zeit ist, verändert ihre Bedeutung: Sie wird immer entbehrlicher, um Reichtum zu erzeugen und immer unentbehrlicher für die, die genötigt sind, durch Erwerbsarbeit ihre Existenz zu sichern. Niemals wurde die Ideologie der Arbeit so dreist verkündet und niemals war die Herrschaft der Unternehmen so unangefochten wie in unseren Zeiten der Massenarbeitslosigkeit. Der Konkurrenzkampf um das knappe Gut Arbeit ist eine Unterbietungswettkampf, dessen Ende offen ist, wie in den Elendsregionen weltweit und zunehmend auch hierzulande zu besichtigen ist.

Das ist das erschreckend Neue: Arbeitslosigkeit in der Prosperität, Massenarbeitslosigkeit im Reichtum und im Wirtschaftswachstum, nicht eine Arbeitslosigkeit in der Wirtschaftskrise. Für *Ralf Dahrendorf* ist die Krise das Resultat der inneren Logik einer Entwicklung, die auf kontinuierliche Erhöhung der Effizienz von Arbeit setzt: „Der Arbeitsgesellschaft geht nicht nur die Arbeit aus, sondern ihr muß die Arbeit ausgehen.“ Dass Arbeit wegfällt und Arbeitslosigkeit entsteht, ist eine Form der Entwicklung selber. Wenn aber aus einer inneren Logik der Rationalisierung heraus Arbeit „verschwindet“, dann werden auch die Beschäftigten überflüssig. Gebraucht werden Computer, Steuerungsautomaten, nicht aber Menschen, die an diesen Maschinen arbeiten und ihr Brot verdienen. Die überflüssig gewordene Arbeit macht Menschen überflüssig, ja die Arbeit selber wird zu etwas Überflüssigem.

Diese Analyse allerdings hatte *Dahrendorf* mit einer hochaktuellen Warnung verbunden. „Es ist daher nötig, im Sinne zu behalten, dass der Arbeitsgesellschaft zwar die Arbeit ausgeht, ihre Herren aber alles tun, um die Arbeit wieder zurückzuholen und den Weg zu einer Gesellschaft der Tätigkeit zu verbauen.“ Die „Herren“ halbieren die Freiheitschancen, indem sie die Potenziale nur für sich selber gelten lassen und die anderen zwingen, in überholte Formen einer Arbeitsgesellschaft zu verbleiben. Während *Dahrendorfs* Aussicht auf eine Tätigkeitsgesellschaft gern und ausführlich diskutiert wurde, wurde seine Warnung vor jenen Interessen ignoriert, die diesen Übergang blockieren und zu verhindern suchen könnten. Genau aber dies geschieht heute unter der Tarnbezeichnung einer „aktivierenden Sozialpolitik“, die dadurch gekennzeichnet ist, dass Arbeit in ihr zu einer Bürgerpflicht wird, ja zu einem Zwang.

Das unabdingbare Bedürfnis nach einem existenzsichernden Einkommen ist eine Sache, das Bedürfnis, zu handeln, tätig zu sein, etwas für sich und andere zu tun, eine andere Sache. Der Kapitalismus, oder genauer: die Arbeitsgesellschaft hat beide Bedürfnisse verkoppelt. Wenn die Verknüpfung von Erwerbsarbeit und Einkommen, wie sie in einer Arbeitsgesellschaft konstitutiv war, nicht künstlich verlängert werden soll, dann brauchen wir eine neue Perspektive, die von der Prämisse ausgeht: Dem Recht auf Erwerbsarbeit und der Verpflichtung zur Erwerbsarbeit geht das Recht auf Leben voraus. Deshalb lässt sich mit guten Gründen von einem Menschenrecht auf ein garantiertes Grundeinkommen sprechen, denn nur eine angemessene soziale Sicherheit kann das Fundament für wirkliche Freiheit bilden. Die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen ist somit ethisch gerechtfertigt.

3. *Das garantierte bedingungslose Grundeinkommen löst das bedingungslose Recht auf Leben ein. Diese bedingungslose Recht auf Leben hat einen Vorrang vor einem Recht auf Arbeit und ist die Voraussetzung für die Verwirklichung eines Rechts auf Arbeit*

Obwohl immer weniger Arbeit erforderlich ist, heißt es, das Arbeit fehle. Damit verdunkelt man jedoch die tatsächliche Situation: Es fehlt nicht an Arbeit, sondern an der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, für dessen Erwirtschaftung das Kapital immer weniger Arbeit braucht. Das Wort Massenarbeitslosigkeit suggeriert einen Mangel in einer reichen Gesellschaft, wo doch tatsächlich Reichtum und Überfluss bestehen. Reichtum und Arbeitslosigkeit entwickeln sich in ein und demselben Akt. Damit aber aus überflüssiger Arbeit nicht auch überflüssige Menschen werden, muss getrennt werden, was der Kapitalismus verschmolzen hat: das Bedürfnis tätig zu sein und das Recht auf ein ausreichendes und sicheres Einkommen.

Das Recht auf ein garantiertes Einkommen in minimaler Höhe kennt auch der Neoliberalismus. Damit die Wohlhabenden erleichtert sein können, sichert Milton Friedman den Opfern ein Minimum in Gestalt eines Grundeinkommens zu: „Die genaue Höhe des Grundeinkommens hinge davon ab, was die öffentliche Hand aufbringen könnte.“ Das Minimum ist nicht das Lebensnotwendige, sondern entspricht den Möglichkeiten, die jene setzen, die die öffentlichen Hände finanzieren. Der Bedürftige taucht nicht als Subjekt, nicht als Bürger auf, der mit

Rechten ausgestattet ist. Wir brauchen eine Alternative zur neoliberalen Sozialstaatsentwicklung, die zwar eine Grundsicherung á la Hartz IV kennt, nicht aber ein Grundeinkommen, das seinen Namen verdient.

4. These: Wirtschaftsbürgerrechte sind die Grundlage für eine wirkliche Freiheit für alle Bürgerinnen und Bürger

Den Überflüssigen von heute werden in der Demokratie nicht die staatsbürgerlichen Rechte entzogen, aber sie verlieren immer mehr die Fähigkeit, allen Bürgern gesellschaftliche Teilhaben zu vermitteln. Wie aber wären soziale, wirtschaftliche und bürgerliche Rechte neu zu verbinden? Die Alternative zur gegenwärtigen Sozialstaatsentwicklung in Gestalt eines Grundeinkommens ist kein Gegenmodell sondern die folgerichtige Weiterentwicklung des bestehenden Grundverständnisses unserer Gesellschaft, das auf bürgerlicher Freiheit basiert und erst damit macht, dass Demokratie eine soziale Grundlegung braucht. Die formale bürgerliche Freiheit muss zu einem wirtschaftlichen Verständnis von realer Freiheit erweitert werden. Damit alle Bürger und Bürgerinnen von ihrer Freiheit Gebrauch machen können, brauchen sie nicht karitative Zuwendungen eines bevormundenden, almosenspendenden Fürsorgestaates wie bei Hartz IV. Die reale, die wirkliche Freiheit ist nicht die Freiheit zu kaufen und zu konsumieren. Es ist die Freiheit, dass ein jeder, eine jede so leben kann, wie man will. Jeder soll die Option haben zu einem Leben auf der Basis eines garantierten Grundeinkommens mit einem entsprechendem Maß an Freizeit und Muße oder aber die Option zu einer erwerbsorientierten Lebensform mit entsprechend höhere Einkommen. Jeder soll frei wählen können zwischen diesen beiden Optionen oder auch einem Kompromiss zwischen beiden.

Die reale Freiheit von mündigen Menschen braucht ein Bürgerrecht auf ein unbedingtes Grundeinkommen. Dieses Grundeinkommen ist ein Bürgerrecht, das zweierlei bezwecken will: zum einen sollen alle Bürger/-innen gleiche reale Chancen zur Teilhabe an den ökonomischen Möglichkeiten der Gesellschaft haben, zum anderen sollen alle frei werden von den Zumutungen und Zwängen des Arbeitsmarktes. Das garantierte Grundeinkommen hat aus dieser Perspektive nicht die Funktion, ein Leben ohne Arbeit zu ermöglichen, sondern ein Leben, das frei ist.

Hier zeigt sich auch der Unterschied zur Sozialstaatsentwicklung mit Hartz. Das Grundeinkommen löst die Abhängigkeit von der Ideologie der Erwerbsarbeit ab und ist eines wirklich freien Bürgers würdig, der autonom über sich und seine Zeit und sein Einkommen entscheiden kann. Das Grundeinkommen steht nicht für den Ausstieg aus der Gesellschaft sondern es will den selbst bestimmten Einstieg. Es überlässt dabei dem einzelnen Bürger, wie er einsteigt. Diese Freiheit steht allen zu und nicht nur den reichen und faulen Erben oder trägen Kindern reicher Eltern.

5. *These: Die ökonomische Entwicklung in Dienst nehmen: Erwerbslos, aber nicht arbeitslos und frei für ein Engagement für das demokratische Gemeinwesen*

Die Forderung eines garantierten Grundeinkommens hat ihren utopischen, weltfremden Charakter verloren, seit sie von den Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen übernommen wird. Die Maxime lautet: Jeder muss in seiner Erwerbsarbeit und von seiner Erwerbsarbeit in Würde leben können und ohne Erwerbsarbeit auch.

In der Blütezeit der Demokratie Athens erhielten die Bürger, die auf dem Marktplatz erscheinen, um sich an den Volksversammlungen und den Angelegenheiten des Gemeinwesens zu beteiligen, ein Honorar. Das Privileg freier Bürger im alten Athen war gegründet auf der Sklaverei, welche die materielle Lebensfähigkeit des Stadtstaates sicherte. Der griechische Philosoph *Aristoteles* sah noch die Unterwerfung der Sklaven unter den Herrn als unumgänglich an. Doch bereits ahnte er im 4. Jahrhundert vor Christus: „Wenn nämlich ein jedes Werkzeug in der Lage wäre, entweder auf einen Befehl hin oder indem es einen Befehl im Voraus bemerkt, sein Werk zu vollführen, ... wenn auf diese Weise die Weberschiffchen selbst webten ..., dann benötigten wohl weder die Baumeister Handlanger noch die Herren Sklaven.“ Was damals Sklavenarbeit leistete, kann heute in ganz anderen Größenverhältnissen von Maschinen besorgt werden und mit einer ständig abnehmenden Beteiligung von lebendiger Arbeitskraft. Längst praktizieren die Unternehmen eine radikale Arbeitszeitverkürzung so die Deutsche Bank, die gleichzeitig ankündigt, 25% Gewinne erzielen zu wollen und 2.500 Beschäftigte zu entlassen. Diese

Schiefverteilung der Gewinne und der Arbeit sind einer demokratischen Gesellschaft unwürdig.

Welche Sozialutopien können *heute* unter unseren Verhältnissen zum politischen Handeln anleiten? Was hält uns davon ab, anzunehmen, dass nicht Arbeit, nicht Erwerbsarbeit, nicht für das Gemeinwohl erbrachte Tätigkeiten die Bedingungen für den Bezug eines Bürgereinkommens sind, sondern umgekehrt: Das garantierte Grundeinkommen schafft erst die Bedingung dafür schafft, dass Bürgerinnen und Bürger frei sind, sich für das Gemeinwesen einsetzen können? Zur wirklichen Freiheit gehört, dass die Bürger die Wahl haben zwischen einem Recht auf Erwerbsarbeit auch mit Unterbrechungen und auf ein tätiges Leben, in dem Berufsarbeit und unbezahlte Aktivitäten einander ablösen und ergänzen, ohne dass Menschen durch diesen Wechsel unter Druck gesetzt werden oder in wirtschaftliche Not geraten. Es gibt soviel zu tun für ein blühendes Gemeinwesen, das wir nicht dem Markt überlassen sollten.

Kurz gesagt:

- Das garantierte bedingungslose Grundeinkommen ist ökonomisch möglich, denn wir leben in einer historisch beispiellos reichen Gesellschaft;
- Das garantierte bedingungslose Grundeinkommen ist arbeitspolitisch überfällig, denn der flexible Arbeitsmarkt kann nicht mehr ein Normalarbeitsverhältnis begründen, das die bisherigen sozialen Sicherungssystem unterstellt haben;
- Das garantierte bedingungslose Grundeinkommen ist sozialpolitisch erforderlich, damit Armut und Ausgrenzung verhindert werden;
- Das garantierte bedingungslose Grundeinkommen ist freien Bürgern würdig, denn es verzichtet auf Disziplinierungen, sondern eröffnet Optionen für eine freie Gestaltung des Lebens.

Von einem emanzipatorischen und lebensweltlichen Ansatz her ist zu fragen: Wem gehört die Lebenszeit? Wie soll sie genutzt werden? Wie kann die ökonomische Effizienz, wie kann die Ökonomie dazu dienlich sein?

Der bedeutende englische Ökonom *John Maynard Keynes* hat Chancen für eine Verwirklichung dieser uralten Vision gesehen, als er 1930 in seiner berühmten Rede über die „*Wirtschaftlichen Probleme unserer Enkelkinder*“ die Hoffnung ausgedrückt hat, dass eine Zeit kommen werde, in der die drängenden

wirtschaftlichen Probleme gelöst seien und dadurch Wirtschaften zur Nebensache werde. „Zum erstmal seit seiner Erschaffung wird der Mensch damit vor seine wirkliche, seine beständige Aufgabe gestellt sein - wie seine Freiheit von drückenden wirtschaftlichen Sorgen zu verwenden, wie seine Freizeit auszufüllen ist, die Wissenschaft und Zinseszins für ihn gewonnen haben, damit er weise, angenehm und gut leben kann.“

Die ökonomischen Bedingungen, in welcher die Utopie des Aristoteles oder eines John M. Keynes zu einer Realutopie werden könnte, sind objektiv da. Wir leben unter unseren realen ökonomischen Möglichkeiten. So gesehen ist das Ende der Arbeitsgesellschaft nicht das Ende der Arbeit, sondern der Übergang zu einer wirklich freien Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern. Dabei ist auf die Warnung Dahrendorfs zu hören, dass die „Herren der Arbeitswelt“, diese Entwicklung blockieren werden. Ob ein Grundeinkommen finanzierbar ist, hängt von seiner Ausgestaltung ab. Zunächst käme es darauf an, entgegen dem aktuellen politischen Klima soziale Grundrechte wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Dass eine wirklich freie Gesellschaft sich gegen die Halbierung jener Freiheitschancen anbahnt, geschieht deshalb nicht von selbst, sondern verlangt unseren Kampf.